



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 16. Juni 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***134. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 15. Juni 2016, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14 Uhr

Zur **Neufassung der Präambel der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksachen 18/4107](#) (neu) und 18/4264, kam der Ausschuss einstimmig überein, den Anzuhörenden zusätzlich zu den beiden bereits vorliegenden Gesetzentwürfen den Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner und Martin Habersaat, [Umdruck 18/6283](#), zuzuleiten. Ferner kam der Ausschuss überein, sich abschließend am 13. Juli 2016 mit dem Thema zu befassen.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bestattungsgesetzes**, [Drucksache 18/3934](#), beschloss der Ausschuss die Durchführung einer mündlichen Anhörung nach der parlamentarischen Sommerpause. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 29. Juni 2016 mitzuteilen.

Gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/4270](#), zur Ablehnung.

Zu den Anträgen in Bezug auf **Abstandsregelungen für Windenergieanlagen**, [Drucksachen 18/4249](#) (neu), 18/4271 und 18/4297, empfahl der Ausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung und schloss sich im weiteren dem Verfahren des federführenden Ausschusses an.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes**, [Drucksache 18/4254](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses an.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP), [Umdruck 18/6147](#), nahm der Ausschuss einen **Bericht der Landesregierung zu Vorwürfen wegen nicht kunstgerecht durchgeführter zahnmedizinischer Behandlungen in der Justizvollzugsanstalt Neumünster** entgegen. - Auf Antrag der Abgeordneten Astrid Damerow (CDU), [Umdruck 18/6221](#), nahm der Ausschuss weiter einen **Bericht der Landesregierung über das neue Konzept zur**

**Rückführung von Flüchtlingen** entgegen. - An beide Berichte schloss sich eine Aussprache an.

Der Ausschuss kam überein, den **Bericht der Landesregierung zur Kritik des Bundesministeriums des Innern an der schleswig-holsteinischen Flüchtlingspolitik**, Antrag des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP), [Umdruck 18/6106](#), in seiner nächsten Sitzung (29. Juni 2016) entgegenzunehmen.

Ferner beschlossen die Ausschussmitglieder, die Einladung des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten, das **Ankunftszentrum Neumünster** zu besuchen ([Umdruck 18/6230](#)), anzunehmen.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder